

# Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Dresdener-Verlag: Nachrichten Dresden.  
Verlags- und Geschäftsstelle: 28 241.  
Preis für Abnehmer: 20 011.

Bezugs-Gebühr: Vierteljährlich in Dresden und Vororten bei postamtlicher Zahlung sechs bei ein- monatlicher Zahlung durch die Post (ohne Gebühren) 1,40 Mk., monatlich 1,40 Mk. Die Anzeigen sind zu belegen mit 75 Pf. Bei Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsangeboten, einseitiger An- und Verkauf 25 Pf. Bei Anzeigen mit Text, besonderer Schriftgröße gegen Vereinbarung. — Belegzeit 10 Pf.

Geschäftliche und Geschäftsstelle:  
Marie-Annen-Str. 28/40.  
Druck u. Verlag von Friedrich & Reichardt in Dresden.  
Verlags-Nr. 19 395 2019.

Redaktion um mit besonderer Aufmerksamkeit („Dresdner Nachrichten“) zu lesen. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

## Das Rätselraten über die Antwortnote.

### Noch ein Ultimatum?

Wen unserm Verfallter Sonderberichternatter.) Versailles, 9. Juni. Die „Chicago Tribune“, das bekanntlich am besten unterrichtete Blatt, will wissen, daß der endgültige Text der Antwort heute festgelegt wird, und daß die Antwort selbst spätestens Donnerstag morgen mit einem Ultimatum von drei bis sechs Tagen der deutschen Delegation überreicht wird. Wilson soll sich nun endlich entschlossen haben, eventuell noch nach dem 1. Juli in Europa zu bleiben, falls es notwendig wird; die Beweiserklärung der Unterzeichnung seitens der deutschen Delegation würde aber seine sofortige Abreise nach Amerika zur Folge haben.

So meldet die „Chicago Tribune“. Ob die Meldung zutrifft, muß abgewartet werden. Vorläufig widersprechen sich die Nachrichten über die Stellungnahme der Drei zu den deutschen Vorschlägen noch so sehr, daß man den Eindruck bekommt, daß die Herren sich selber noch keineswegs im klaren darüber sind, wie sie sich verhalten wollen. Der Meldung der „Chicago Tribune“, wonach der deutschen Delegation ein Ultimatum gestellt werden solle, steht jedenfalls folgende Nachricht, die uns über Rotterdam zugeht, entgegen:

Aus Paris wird gemeldet, daß der Endtermin für die Unterzeichnung der Friedensabkommen wieder weiter hinausgeschoben worden ist und nicht vor Ende dieses Monats erwartet werden kann. Lloyd George und Orlando sollen jetzt zu mündlichen Verhandlungen bereit sein, denen Clemenceau jedoch noch immer feindlichen Widerstand entgegensetzt. Wilson soll erklärt haben, daß nach seiner Meinung der Friedensvertrag nicht gegen die 14 Punkte verstoßen hat. (1)

### Pressstimmen des Verbandes.

Verfallter, 9. Juni. Auch den heutigen Morgenblättern zufolge steht immer noch nicht fest, wann die Alliierten die Antwort auf den deutschen Gegenentwurf überreichen werden. Amerikanische Kreise hoffen laut Pariser Ausgabe der „Daily Mail“, daß die Antwort der Delegationen am Dienstag abend fertiggestellt sein wird, während die englischen Kreise die Fertigstellung vor Donnerstag abend nicht für möglich halten. Der „Chicago Tribune“ zufolge soll der Vizepräsident sogar schon heute zum Abschluß seiner Arbeit gelangen, da noch drei Fragen zu erörtern sind. Das Blatt berichtet ferner, daß bei Ueberreichung der Antwort der Alliierten den Deutschen eine Frist gesetzt werden wird, die augenblicklich noch nicht feststeht. Frankreich möchte eine Befristung von 48 Stunden, die Vereinigten Staaten von vier Tagen, England von einer Woche. Es sei endgültig beschlossen worden, daß Deutschland nicht gehandelt werde, noch weitere Veränderungen zu verlangen. Präsident Wilson werde sofort nach Unterzeichnung oder Ablehnung des Vertrages durch die Deutschen nach Amerika zurückreisen. Den Abschluß des Vertrages mit Oesterreich, Ungarn, der Türkei und Bulgarien werde er Lansing und White überlassen. Das Blatt berichtet, daß am Ende der amerikanischen Delegation in Paris im Hotel Grillon Werten abgeschlossen wurden, daß der Friede am 18. Juni in Versailles unterzeichnet werde und daß Wilson noch am selben Abend abreisen würde. Einige Blätter, die heute diese Frage erörtern, müssen sich von der Senur große Striche gefallen lassen. Der „Matin“ berichtet, daß der Völkerverbund sich für die Zulassung Deutschlands entschieden habe. Würde dieser Beschluß von der Konferenz angenommen, so breche der ganze Vertrag zusammen, wenn nicht, so werde der Völkerverbund von den Hauptvertragsparteien selbst nicht mehr unterstützt werden. Der Sieg Frankreichs sei gefährdet. „Echo de Paris“ meint, daß der Himmel sich für Deutschland auflebe. Man müsse von der französischen Regierung erwarten, daß sie durch einen energischen Schritt den Sieg wiederherstelle. „Domine Libre“ möchte die Antwort der Alliierten schon fertiggestellt sehen und meint, der Vizepräsident habe gut daran getan, die deutschen Gegenentwürfe aufmerksam zu prüfen, denn er habe der Welt dadurch bewiesen, daß er nicht vorläufig in Unnachgiebigkeit beharren werde. Würde aber die Prüfung übermäßig lange dauern, so könne dies als Schwäche gedeutet werden. Es sei somit ein klarer und einmütiger Beschluß notwendig. Deutschland müsse in drei oder vier Tagen darüber klar sein, welches Schicksal die Entente ihm bereiten wolle. Man müsse es nötigenfalls sogar durch ein Ultimatum zwingen, auch seinerseits Farbe zu bekennen.

### Der Streit um die Entschädigung.

Amsterdam, 9. Juni. Dem Pressebureau Radio zufolge meldet „New York World“: Obwohl man es nicht zugeben will, bleibt die Tatsache bestehen, daß eine wesentliche Abänderung im Friedensvertrag mit Deutschland vorgenommen wird. Verschiedene Punkte, auf die von den Deutschen Gewicht gelegt wird, werden eine Fassung erhalten, die man für den geschlagenen Feind annehmbar hält. Dadurch ist die Gefahr einer ernstlichen Krise erheblich vermindert. „New York Sun“ meldet, daß die Lage hinsichtlich der Änderungen im Friedensvertrag befriedigend wechselt. Die Reizung, eine endgültige Entschädigungssumme festzusetzen, wächst. Die Franzosen bestehen auf mindestens 50 Milliarden Dollars, die Engländer auf 40 Milliarden, die Amerikaner wollen nicht über 30 Milliarden verlangen. Es wird erwartet, daß die Amerikaner den ganzen Sommer über in Paris bleiben.

Verfallter, 9. Juni. Der „Matin“ meldet, daß der Vizepräsident am Sonntag den Bericht von Charles entgegennahm, der erklärte, daß es schwierig sei, mit Genauigkeit den Plan der Entschädigungen, die Deutschland zu leisten habe, vorzutragen. Besonders bezüglich des Wiederbaues der zerstörten Immobilien sei eine Festlegung nicht zu möglich. Man könne keine annähernde Zahl feststellen, ohne Gefahr zu laufen, daß Frankreich zu den Kriegsschäden einen Teil der Schäden übernehme.

### Die französischen Treibereien im besetzten Gebiet.

Paris, 9. Juni. Havas meldet aus Metz: Eine Vereinigung von 400 Saarbewohnern in Elsass-Lothringen wurde am Sonntagabend gegründet. Sie verlangt, daß das Saargebiet zu Frankreich zurückkehren (1) müsse. Die Vereinigung wird in ganz Elsass-Lothringen Ortsausschüsse gründen und im ganzen Saargebiet eine rührige Propaganda entfalten. — Es wäre interessant, zu erfahren, was den Franzosen die Kundgebung dieser vierhundert sogenannten Saarbewohner gekostet hat.

Paris, 9. Juni. Havas meldet aus Mainz: Dorten hat Wiesbaden nicht verlassen. Er steht kühnig unter Beobachtung. Es ist kein Angriff auf den Minister gemacht worden.

### Eine alte französische Lüge.

Berlin, 9. Juni. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Machenschaften zur Gründung einer rheinischen Republik sind gänzlich ohne Erfolg geblieben, aber man läßt sich durch diese Behauptungen in Paris nicht entmutigen, sondern verliert sich weiter auf jede Weise gegen uns Stimmung zu machen. Zu diesem Behufe läßt die französische Regierung einen angeblichen Geheimbericht veröffentlichen, den General Ludendorff, damals noch Oberst im Generalstab, im Jahre 1918 verfaßt haben soll. Mit diesem Bericht, der bereits im französischen Gelbbuche abgedruckt worden ist, soll bewiesen werden, daß Deutschland den Angriffskrieg vorbereitet habe. Es handelt sich hier um nichts anderes als um eine grobe Fälschung, die bereits am 18. Dezember 1914 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als solche gekennzeichnet worden ist. Das Blatt schrieb damals:

„Der dem französischen Kriegsminister im März 1918 zugegangene angeblich amtliche deutsche Geheimbericht über die Verhärzung der deutschen Armee, der auch teilweise schon die unverdienten Aufmerksamkeit der neutralen Presse gefunden hat, ist nichts weiter als eine plumpe Erfindung. Welches die sichere Quelle ist, aus der das Material stammt, wissen wir nicht. Eine amtliche Stelle in Deutschland ist jedenfalls nicht mit ihm befaßt gewesen. Ansehender rührt der Geheimbericht von einem französischen Agenten her, und die Veröffentlichung im Gelbbuche ist nur zu dem Zwecke erfolgt, um Stimmung zwischen Deutschland und seinen Verbündeten hervorzuheben und die Neutralen, namentlich Holland und Dänemark, gegen Deutschland aufzuheizen.“

Die Tatsache, daß das längst schon als Fälschung gekennzeichnete Machwerk jetzt wiederum hervorgehoben wird, um gegen uns zu hetzen, zeigt aufs neue die Skrupellosigkeit, mit der in Frankreich auch die verwerflichsten Mittel zum Zwecke der Stimmungsmache gegen uns verwendet werden.

### Ein deutscher Kirchenstaat?

Wen unserm Sonderberichternatter.) Vagnau, 7. Juni. „Dezso“ meldet heute nacht aus Paris, daß die Absicht besteht, aus Teilen des Rheinlandes und Elsass-Lothringens einen Kirchenstaat („Zona papale“) zu bilden. Diese Bildung werde vom Klerus der drei Länder lebhaft unterstützt....

### Clemenceau an Ungarn.

Paris, 7. Juni. (Hunspruch des Wiener Korrespondenten.) Der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau hat an die ungarische Regierung in Budapest folgendes drastisches Telegramm gerichtet: Die alliierten und die assoziierten Regierungen sind im Begriff, die Vertreter der ungarischen Regierung nach Paris zur Friedenskonferenz zu berufen, um dort die Mittelungen der Ansprüchen über die gerechten Grenzen Ungarns entgegenzunehmen. Dies geschieht gerade in dem Augenblick, da die Ungarn gegen die Tschechoslowaken ungerühmte Angriffe unternommen und in die Slowakei eindringen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben indes bereits ihren Willen fundiert, all diesen unnützen Feindseligkeiten ein Ende zu setzen, indem sie zwei- maligen räumlichen Armeen, die die im Westfrontland vorgesehene Grenzlinie und dann diejenigen der neutralen Zone überschritten hätten, Halt geboten, und indem sie sie an der Fortsetzung ihres Vorstüches auf Budapest dadurch hinderten, daß sie die verbündeten und französischen Armeen an der Südfront Ungarns aufhielten. Unter diesen Umständen wird die Budapest-Regierung formell eingeladen, unverzüglich ihren Angriffen gegen die Tschechoslowakei ein Ende zu setzen, widrigenfalls die verbündeten und assoziierten Regierungen sich entschlossen sind, sofort zu den äußersten Mitteln zu greifen, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeiten, sowie dazu zu zwingen, sich dem unerwünschten Willen der Verbündeten zu fügen, daß ihre Forderungen gestrichelt werden. Die Verantwortung dieses Telegramms hat innerhalb einer Frist von 48 Stunden zu erfolgen.

### Die Stellungnahme der ungarischen Regierung.

Wien, 9. Juni. (Wiener Korrespondent.) Die ungarische Befandtschaft teilt mit, daß die ungarische Räte-republik am Sonntagabend auf funktentelegraphischem Wege aus Prag eine französisch verfaßte Depesche erhielt, wonach Vertreter der ungarischen Räteregierung von den Entente-Regierungen nach Paris zur Friedenskonferenz berufen werden und Ungarn aufgefordert wird, dem Reduzierte gegen die Tschechen ein Ende zu setzen; da die ungewohnte Form und der ganz besondere Uebermittlungsweg dieser angeblich aus Versailles stammenden drastischen Depesche der Räteregierung zuerst nicht ganz einwandfrei erschien, beauftragte der Volkskommissar für Außeres der Wiener Befandtschaft, sich Gewissheit über die Authentizität der Drohung zu verschaffen.

### Die Reife der türkischen Friedensdelegation.

Verfallter, 9. Juni. Der „Matin“ meldet, daß die türkischen Delegierten am 11. Juni in Paris eintreffen und am 18. Juni in Bauxeffon eintriften werden, wo eine Villa für sie gemietet wurde.

### Der sozialdemokratische Parteitag.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Weimar, 9. Juni. Zu dem morgen, Dienstag, nachmittag im Sitzungssaal der deutschen Nationalversammlung in Weimar zusammentretenden Parteitag der deutschen Mehrheitssozialdemokraten sind über 400 Vertreter und Vertreterinnen der deutschen Wahlkreise, ferner der Parteivorstand, die Kontrollkommission, die Vertreter der deutschen Gewerkschaften und der Frauen- und Jugendorganisationen, sowie der Parteipresse erschienen. Diesmal wird sich der Parteitag im Gegensatz zu sonst trotz der zu besprechenden Ereignisse bedeutungsvoller Art und der Fülle der Anträge mit einigen wenigen Tagen begnügen müssen. Die Verhandlungen werden eingeleitet werden durch eine Kundgebung des Parteitag gegen die Gewaltfrieden der Entente, gegen die Quertreibereien im Saarrevier, in der Pfalz und im Rheinland; der Redenschlußbericht des Parteitag wird von Wels (Berlin) und Brühne (Frankfurt a. M.) erfaßt werden. Den Bericht der Organisations-Kommission wird König (Essen), den Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten Adolf Schulz (Berlin), den Bericht der Kommission der Nationalversammlung Paul Rabe (Breslau) erfaßt. Die Aufgaben der Partei in der Republik behandelt der Ministerpräsident Scheidemann, das Thema „Räteismus und Reichsverfassung“ Hugo Einshelmer und Max Cohen. Eine große Anzahl von Anträgen erstreckt die Vereinigung der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen. Energetisch gehaltene Anträge richten sich gegen die Freiwilligen-Organisationen. Es wird ihre Demokratisierung bzw. ihre Auflösung und die Neubildung einer Volkswehr gefordert. Das große Interesse, das man dem Reichswehrminister Roske entgegenbringt, zeigt sich in einer Reihe von Anträgen, die den Minister kaltstellen wollen. Weimar bittet den Parteitag, Roske zu seinem Rücktritt zu veranlassen. München will ihn aus der Partei ausgeschlossen sehen. Ein großes Interesse wird den Agrarfragen entgegengebracht. Man verlangt ein festes sozialistisches Agrarprogramm, für das längere Vorschläge gemacht werden. Eine Reform der Reichsversicherungsordnung auf der Grundlage der Zentralisierung der Krankenkassen durch Befreiung der besitzlosen Massen, ferner großzügige Demokratisierung, Kommunalisierung und Sozialisierung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens, auch die Herabsetzung des Zinsfußes der Kriegsanleihen auf höchstens 3% Pros. wird gefordert.

### Der Präsident des Freiwirtschafts Ostpreußen.

Ostpreußen, 9. Juni. Nach Hoogs führt Roser, Mehrheitssozialist, die Geschäfte des Präsidenten des Freiwirtschafts Ostpreußen. Hoogs hat die Stellung als Präsident abgelehnt.

### Bankbeamtentagung in Berlin.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 9. Juni. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten hielt an den beiden Pfingstfeiertagen im Festsaal des preussischen Herrenhauses seinen dritten ordentlichen Verbandstag ab, zu dem sich nebst zahlreichen Delegierten aus dem ganzen Reich Vertreter der Behörden und befreundeten Verbände eingeladen hatten. Bemerkenswert ist ein Schreiben des Reichspräsidenten Ebert, der die Einladung des Verbandes, an den Verhandlungen teilzunehmen, etwa wie folgt beantwortete: Ebert dankt einleitend für die Einladung und fährt dann fort:

„Sie treten in einem Augenblick zu Ihren Beratungen zusammen, der von entscheidender Bedeutung ist für die wirtschaftliche und politische Zukunft unseres deutschen Volkes. Die Bankangelegenheiten sind ganz besonders dringlich, an der wirtschaftlichen Wiederherstellung unseres Landes tatkräftig mitzuwirken. Sie müssen sich um so mehr gegen die durch den Friedensvertrag beschleunigte wirtschaftliche Krise wenden, weil sie eine der ersten Berufsgruppen sind, deren Arbeitsmöglichkeit in entscheidender Weise eingeschränkt werden würde. Ich hoffe, daß es gelingen wird, das zu verhindern, und daß Ihre Beratungen von dem Willen getragen sein mögen, nach Kräften dazu beizutragen, die in diesem Augenblick unsern Leiden baldig zu überwinden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Verlauf Ihrer Verhandlungen. Ebert.“

In den Verhandlungen wurde besonders die Tariffrage erörtert und betont, daß es in der Beamtenenschaft horkäre, und auch die Berichte der Vertrauensleute aus der Provinz zeigen erkennen, daß man dort nur darauf warte, daß Berlin die Parole zum Generalstreik ausbebe. Für Berlin wird als Mindestgehalt für einen fünfzigjährigen Bankbeamten 15 000 Mk. gefordert. Am Schlußwort hob der Berichterstatter hervor, daß die Verkündung des Standrechts die Bankbeamten nicht abhalten dürfe, ihre Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen. Wenn die Gegenseite aber diesen gewerkschaftlichen Kampf zu einem politischen mache, und die Regierung sich bei dieser Gelegenheit gegen die Bankbeamten wenden würde, würden diese den Kampf gemeinlich mit den großen Massen führen, die an einem Sturz der jetzigen Regierung ein Interesse haben. Die Bankbeamtenschaft werde jede Regierung begnügen, die ihre Forderungen anerkenne, gleichgültig, ob sie von ganz rechts oder ganz links komme.

### Ende des Berliner Proteststreiks.

Berlin, 7. Juni. Nachmittags 4 Uhr nahmen die Straßenbahnen den Verkehr wieder auf. Der ganze Proteststreik ist überall ruhig verlaufen. Die gestern abend erfolgte Betriebsbeinhaltung der Postämter war lediglich darauf zurückzuführen, daß die Beamten teilweise eine weite Beugrede zu Fuß zurücklegen mußten und deshalb vorzeitig zu entlassen waren. Heute morgen wurde der Schalterdienst überall wieder vollständig aufgenommen. Verschiedene Abendblätter konnten bereits wieder erscheinen.